

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jan Krainer,
Genossinnen und Genossen
betreffend weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des
Coronavirus effektiv zu bekämpfen

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses (102 d.B.) betreffend
Antrag 396/A der Abgeordneten August Wöginger, Sigrid Maurer, BA, Kolleginnen und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID 19
Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige
Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmegesetz)
erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetzes
2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft
des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetzes und
das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz).

Das Coronavirus hat nicht nur gesundheitspolitische Implikationen, auch die schwerwiegenden
wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie erfordern ein entschlossenes Handeln der
Politik.

Das heute vorliegende Maßnahmenpaket mit dem Ziel die Ausbreitung des Virus möglichst zu
verlangsamen, das unter anderem die Schließung von Geschäften, Schulen, Unis etc. vorsieht,
ist ein erster wichtiger Schritt. Die Einrichtung eines Corona-Notfallfonds in der Höhe von 4
Milliarden Euro und die Sozialpartnereinigung zur Kurzarbeit sind ebenfalls notwendige erste
wirtschaftliche und soziale Maßnahmen in die richtige Richtung. Nicht alle Betroffenen werden
aus diesem 4-Milliarden-Fonds Leistungen erhalten. Nicht die hunderttausenden
KleinunternehmerInnen, nicht die Beschäftigten in diesen kleinen Strukturen, nicht die Eltern mit
Kindern, nicht die Angehörigen der zu Pflegenden, wenn die 24h-Betreuungskräfte in ihrer Heimat
festsitzen und nicht einreisen können.

Wir brauchen mehr Solidarität aller Gruppierungen der Gesellschaft, niemand soll in dieser
schwierigen Situation zurückgelassen werden.

Durch die notwendigen Schließungen schlittern viele Betriebe in erhebliche Liquiditätsprobleme.
Viele Arbeitsplätze in diesen Kleinbetrieben sind gefährdet. Weiterreichende
Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe sind notwendig, unter anderem auch großzügige
Stundungen von Steuerschulden, um die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Österreich
muss hier entschlossener handeln. Wer rasch und großzügig hilft, hilft doppelt.

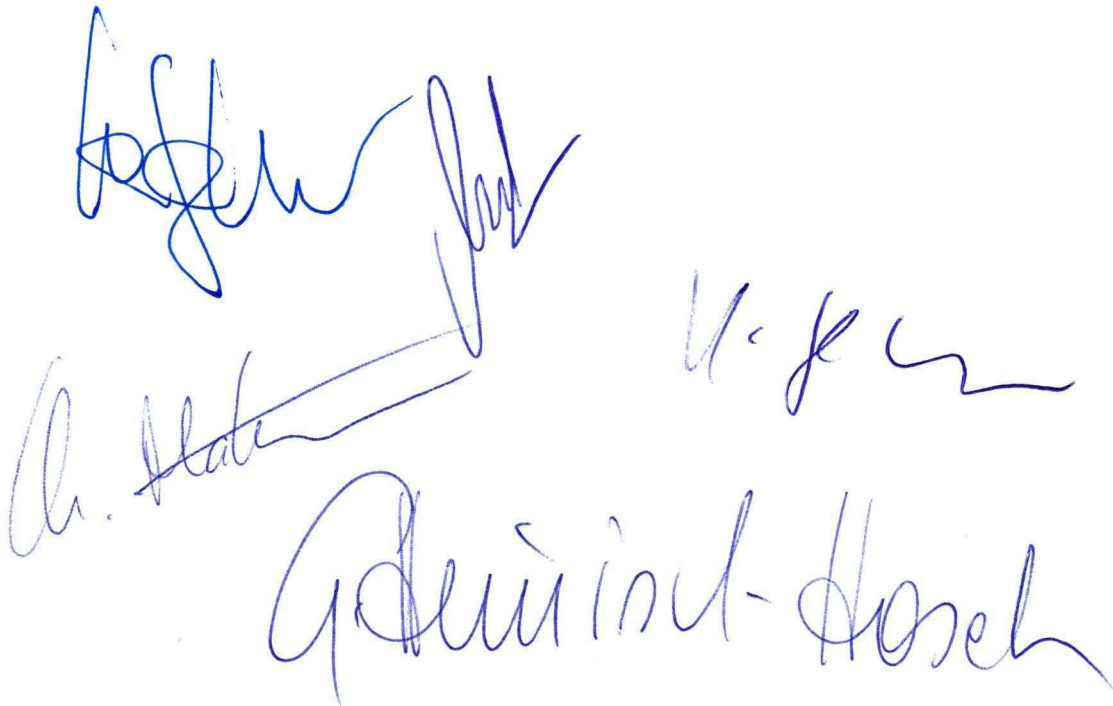
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat ein weiteres Maßnahmenpaket vorzulegen,

- das eine Arbeitsplatzgarantie für alle Betriebe enthält, die eine Unterstützung bekommen und den Sozialpartnervorschlag zur Kurzarbeit voll umsetzt,
- das volle Entschädigung für Verdienstentgang und Löhne nach dem Epidemie-Gesetz zumindest für Betriebe mit bis zu 25 Beschäftigten enthält,
- das für ArbeitnehmerInnen, die wegen ihrer Kinder oder wegen ihrer zu pflegenden Angehörigen zu Hause bleiben müssen, volle Entgeltfortzahlung durch die öffentliche Hand vorsieht,
- das mit sofortiger Wirkung ein zinsloses, automatisches Moratorium (Aussetzen) für Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge für betroffene Betriebe ohne Individualantrag umsetzt und
- das eine Stundung von Krediten, Geschäftslokalmieten sowie Zahlungen für Strom- und Gaslieferungen analog der italienischen Regelung vorsieht.“

The image shows several handwritten signatures in blue ink. At the top left is a large, stylized signature. Below it, on the left, is a signature that appears to be 'Ch. Hlatky'. To the right of this is another signature. At the bottom center is a large, clear signature that reads 'Gerd Huber-Hosek'.

